

Herr Schäfer erläutert den als Tischvorlage vorliegenden Antrag der proNRW-Fraktion.

Auf Nachfrage von Frau Ebbinghaus erklärt der Bürgermeister, dass der Ratsbürgerentscheid ein neues Instrument der Gemeindeordnung ist; hierbei gibt der Rat die Entscheidung über eine Angelegenheit an die Bürger ab.

Frau Ebbinghaus spricht sich für die Unterbringung der Asylanten in Stadtnähe sowie in kleineren Wohneinheiten aus.

Herr Ullmann sieht das Problem in der Dringlichkeit der Entscheidung. Derzeit stehen keine anderen Ressourcen bzw. Alternativen zur Verfügung. Er hält eine zentrale Unterbringung der Asylanten für keine gute Lösung und wird sich deshalb bei der Abstimmung enthalten.

Herr Bornewasser schließt sich den Ausführungen von Frau Ebbinghaus und Herrn Ullmann grundsätzlich an. Da aber aufgrund der Dringlichkeit keine andere Alternative besteht, wird die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Hoffmann erklärt, dass die UWG-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls zustimmen wird. Er macht aber darauf aufmerksam, dass neben der Unterbringung der Asylanten auch der soziale Aspekt, z.B. die entsprechende notwendige Betreuung, berücksichtigt werden muss und bittet die Verwaltung, in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration auch über die dafür benötigten Kosten zu informieren.

Herr Ebbinghaus gibt an, dass die AL-Fraktion zukünftig darauf hinwirken will, nach nachhaltigeren Lösungen zu suchen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung ist nicht sehr sinnvoll, da zum einen viele bauliche Maßnahmen notwendig sind und auch die große Anzahl der dort unterzubringenden Menschen zu Konflikten führen kann. Die AL-Fraktion fordert, dass nach weiteren Alternativen gesucht wird. Seiner Meinung nach sollte heute noch keine abschließende Entscheidung getroffen werden, sondern in einem kurzfristig einzuberufenden Arbeitskreis bis zur nächsten Ratssitzung nach anderen Möglichkeiten gesucht werden.

Frau Pizzato führt aus, dass die FDP-Fraktion die Situation ähnlich wie die AL-Fraktion sieht. Sie weist darauf hin, dass genügend andere, auch städtische, Immobilien zur Verfügung stehen und äußert Bedenken, dass es bei der angedachten Lösung zu einer Ghettoisierung kommen könnte.

Auf Nachfrage von Herrn Bornewasser teilt der Bürgermeister mit, dass nicht vorgesehen ist, die bis dato bereits untergebrachten Asylanten in das Gebäude Neustraße zu verlegen.

Frau Butz teilt auf Nachfrage mit, dass derzeit 8 Zuweisungen im Monat vorliegen. Betreut werden aktuell 92 Personen, von denen aber nur 66 als Zuweisungen angerechnet werden, da bei den Übrigen das Asylverfahren abgeschlossen ist und diese entweder ein Bleiberecht bekommen haben oder noch nicht abgeschoben worden sind. Sie betont, dass für die Integration der Menschen eine Unterbringung in einer einzelnen Einheit förderlich ist und macht klar, dass keine dauerhafte Belegung der Asylunterkunft angestrebt ist. Sobald ein Asylverfahren abgeschlossen ist, werden die Menschen dabei unterstützt, eine eigene Wohnung zu beziehen.



Nun folgt die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage.